



Mit einem anspruchsvollen Programm werteten Ende vergangenen Jahres die Teilnehmer des Arbeitskreises „Gewässerschutz in Mittelthüringen“ das abgelaufene Kooperationsjahr aus.

Hier berichtete Monika Schmidt vom Umweltministerium (TMU-EN) über die Gespräche mit der EU-Kommission, die bekanntlich das KULAP-Programm A2 (Stickstoffreduzierung) abgelehnt hatte. Als Gründe hatte die Kommission das Klageverfahren wegen unzureichender Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie, der teilweise deutlichen Überschreitungen des Grenzwertes für Nitrat in Grund- und Oberflächenwasser (50 mg/l Nitrat) in einzelnen Wasserkörpern sowie der fehlenden Novelle der Düngeverordnung aufgeführt. Der Versuch einer erneuten Einreichung eines modifizierten N-Reduktionsprogrammes sei vor dieser Diskussionskulisse nicht realistisch, so Schmidt.

Die Thüringer Gewässerschutzkooperationen seien deshalb das derzeit einzig effektive Mittel zur Nitratreduktion im Freistaat. Das Umweltministerium, so Schmidt, möchte diese unbedingt fortsetzen. Derzeit erfolgen die Evaluierung und mit dem Agrarministerium Absprachen zur weiteren Gestaltung und Finanzierung.

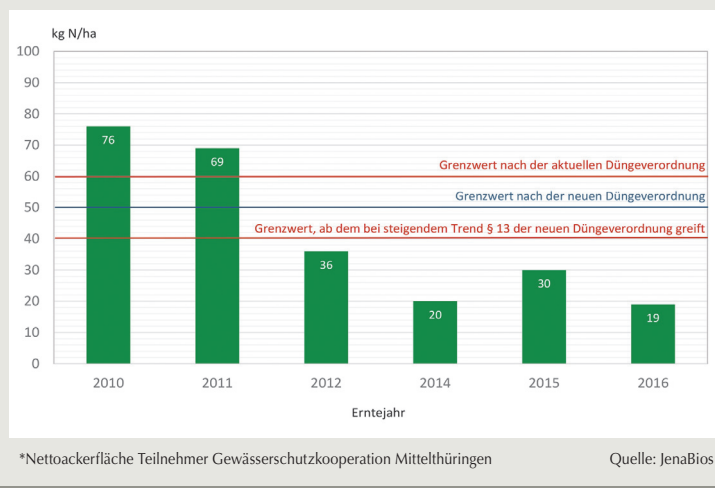
Im Weiteren stellten Dr. Thomas Werner und Lukas Sattler (JenaBios) detailliert die Ergebnisse der Arbeit in der Gewässerschutzkooperation für 2016 vor. Schwerpunkte waren die N-Optimierung im Weizen und die Rapsdüngung. Die deutliche Reduktion der N-Salden auf der gesamten Netto-Ackerfläche der teilnehmenden Betriebe in Mittelthüringen im Verlauf der Ko-

Ein Fortschritt

Gewässerschutzkooperation Mittelthüringen: Deutliche Erfolge bei Senkung der N-Salden

ABBILDUNG

Entwicklung N-Salden* 2010 bis 2016



operationsarbeit beeindruckte die Anwesenden (siehe Abbildung). Insgesamt sanken die N-Salden von 76 kg N/ha im Jahr 2010 auf 19 kg N/ha im Jahr 2016!

Im Anschluss wertete Dr. Steffi Knoblauch (TLL) das N-Verlagerungsrisiko der in Mittelthüringen vorherrschenden Böden aus. Sie zeigte auf, dass je nach Bodentyp sehr unterschiedliche Risiken zum Entstehen von N-Überhängen sowie differenzierte N-Verlagerungsrisiken bestehen. Knoblauch verwies darauf, dass die Niederschlagsarmut im Thüringer

Becken und die daraus resultierenden außerordentlich geringen Sickerwassermengen ein besonderes Risiko zum Entstehen hoher Nitrat-Konzentrationen im Sicker- und Drainwasser darstellen würden. Unter Rendzinen aus Keuper sei eine NO_3 -Konzentration des Sickerwassers unter 50 mg/l sehr schwer, unter Umständen überhaupt nicht zu erreichen.

Rüdiger Lorenz von der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie stellte erstmals die Neukonzeption der deutschen Nitratmessnetze vor. Das Messnetzkon-

zept wurde in Abstimmung zwischen Bund und Ländern wesentlich überarbeitet und greift bereits für den Nitratbericht 2016.

Lorenz zufolge umfasst das neue EU-Nitratmessnetz bundesweit 700 Messstellen und damit mehr als viermal so viele wie das alte Belastungsmessnetz, das lediglich 160 Messpunkte zählte. Für Thüringen sind das anstelle der bisherigen neun Messstellen nunmehr 33. Genauso wichtig, wenn nicht noch entscheidender ist aber, dass das neue EU-Nitratmessnetz anders als in der Vergangenheit nicht mehr gezielt die Messstellen mit langjährig hohen Nitratbelastungen im Grundwasser erfasst, sondern die Verteilung der Landnutzungen in den Bundesländern und somit auch die Belastungssituation in Deutschland unter landwirtschaftlicher Nutzung (Acker, Grünland, Sonderkulturen) repräsentativ abbildet.

Um einen repräsentativen Überblick der Nitratbelastung des Grundwassers über alle Landnutzungen inklusive Siedlung und Wald zu erhalten, wird das Messnetz der Europäischen Umweltagentur (EUA) genutzt. Es wird auch für die Berichterstattung an die EUA herangezogen und umfasst nach der Neukonzeption der Messnetze in ganz Deutschland eine Anzahl von rund 1 200 Messpunkten (früher ca. 740), was eine Messnetzdichte von zirka 3,5 Messstellen auf 1 000 km^2 bedeutet (in Thüringen 55 Messstellen). Das neue EU-Nitratmessnetz ist mit seinen landwirtschaftlich dominierten Messstellen vollständiger Bestandteil dieses repräsentativen EUA-Messnetzes.

BEATE KIRSTEN, TBV

LESERMEINUNG



Kreisreform löst keine, sondern verschärft Probleme

Zur Ausgabe 50, Seite 3, „Reform stoppen, doch wie dann weiter?“: Wer glaubt, mit Monsterteams die Probleme des ländlichen Raums zu lösen, ist auf dem Holzweg. Für mich als ehemaligen Kommunalpolitiker (43 Jahre Gemeinderatsmitglied und davon 34 Jahre Erster Beigeordneter) in einer selbstständigen Landgemeinde vor der Stadtgrenze Jena, als Senior eines Haupterwerbsbetriebes mit 80 ha LF mit Mutterkuhhaltung, Schweinen und Schafen und Selbstvermarktung ab Hof stellt sich die Frage: Wie viel Verwaltung braucht der ländliche Raum eigentlich, wo Privateigentum vorherrscht und in den Gemeinden auf kurzem Wege vieles ohne Antrag mit Verwaltungsakt und kostenpflichtigen Bescheid geregelt wird?

Die Wenigen, mittlerweile unter 2 % der Bevölkerung, die direkt in der Landwirtschaft tätig sind, haben keine Lobby mehr. Bei vielen Entscheidungen und Medienberichten stellt sich für mich oft die Frage: Ist es die Gesellschaft noch wert, dass ein Landwirt mit seiner Produktion weiter um sein

Überleben kämpft? Meiner Meinung nach gehört in jeden Gemeinderat ein gestandener Landwirt. Wie soll das aber in Großgemeinden funktionieren, wo die kleineren Dörfer außen vorbleiben? Warum will man in Thüringen Verwaltungsgemeinschaften mit bürgerfreundlichen selbstständigen Gemeinden abschaffen oder gar Landgemeinden ohne Bezug zur Stadt, z. B. der Stadtverwaltung Jena, zwangsweise angliedern? Es drohen viel höhere Steuern, Gebühren und Abgaben, gerade für Bewohner von Vierseitenhöfen.

In Thüringen ist die Funktionalreform mit sieben Landwirtschaftsämtern bereits vollzogen und wird digital weiter fortschreiten, hoffentlich in die richtige Richtung. Denn jede Reform hat bisher eine Verschärfung des bürokratischen Aufwandes gebracht.

Wenn die Bevölkerung das Gefühl hat, übergangen (oder bevormundet) zu werden, steigt die Unzufriedenheit. Die Bürger fühlen sich in der Demokratie nicht mehr wahrgenommen, was

sich im großen Misstrauen gegenüber der Regierung zeigt und zu Nicht- oder Protestwählern führt. Gewaltbereite und Trittbrettfahrer gibt es mittlerweile genug, was uns Rechte, Linke, Pegida und dergleichen zeigen. Brauchen wir das? Schlimmer noch: Es führt zu einer Regierungsbildung, die wir so nicht wollen. Mit welchen Folgen? Man muss sich nur die „Mogelpackung Vorschaltgesetz“ zur Gebietsreform in Thüringen einmal genau durchzulesen. Dann wird einem die ganze Hinterhältigkeit des Gesetzes deutlich! Gebietsreform vor Funktionalreform!

Die Konzentration in der Verwaltung führt nicht zur Bürgernähe, spart keine Kosten, bringt Zentralismus und Gleichschaltung und die von den Ideologen gewünschte Diktatur der Bürokratie. Aber keine befriedigende Bürgernähe, um die Probleme im ländlichen Raum zu lösen! Die Verwaltung sollte Dienstleister der Bevölkerung sein. Man hat aber immer mehr den Eindruck, die Bürger sind für die Verwaltung da und können dafür auch noch abbekassiert werden.

SIEGFRIED KÜCHLER,
Mühlwiesenhof/Großlöbichau